

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Heike Koehler und Eike Holsten (CDU)

Plant die Landesregierung einen besseren Schutz der Kinder und Beschäftigten in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Jugendämtern?

Anfrage der Abgeordneten Heike Koehler und Eike Holsten (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 11.09.2026

Der jüngste Vorfall in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe in Stade hat verdeutlicht, wie wichtig Präventions- und Schutzstrukturen in der Kinder- und Jugendhilfe sind. In Reaktion auf diesen Vorfall hat die Landeshauptstadt Hannover angekündigt, die Schutzmaßnahmen in ihren Jugendämtern zu verschärfen. U. a. sollen Sicherheitskonzepte überprüft, organisatorische Abläufe angepasst und Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten weiterentwickelt werden.¹

Diese Entwicklungen zeigen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie der Schutz der Beschäftigten in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und in den Jugendämtern gleichermaßen in den Blick genommen werden müssen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen täglich Verantwortung für das Wohl von Kindern und Jugendlichen. Sie sind dabei Konflikten, Bedrohungen oder Gewalt ausgesetzt. Gleichzeitig benötigen Kinder und Jugendliche ein Umfeld, in dem sie betreut und geschützt werden können.

Ein wirksamer Kinderschutz setzt daher eine gelebte Präventionskultur voraus. Wegen der aktuellen Entwicklungen stellt sich die Frage, ob die bestehenden landesweiten Regelungen und Unterstützungsangebote ausreichend sind oder weiterer Handlungsbedarf besteht.

1. Welche landesweiten Präventions- und Schutzkonzepte bestehen gegebenenfalls für Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe sowie für Jugendämter in Niedersachsen?
2. Welche verbindlichen Anforderungen stellt die Landesregierung gegebenenfalls an Gewaltpräventions- und Schutzkonzepte in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe?
3. Wie wird überprüft, ob diese Schutz- und Präventionskonzepte in der Praxis umgesetzt, regelmäßig fortgeschrieben und an neue Herausforderungen angepasst werden?
4. Welche Rolle spielen gegebenenfalls Gefährdungsanalysen und Risikobewertungen bei der Prävention von Gewalt und Eskalationen in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe?
5. Welche Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote zu Gewaltprävention, Deeskalation, Konfliktmanagement und Eigenschutz stehen Beschäftigten in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe sowie in Jugendämtern gegebenenfalls zur Verfügung?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung gegebenenfalls über Bedrohungen, Gewalt oder andere sicherheitsrelevante Vorfälle gegenüber Beschäftigten in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe sowie in Jugendämtern in den vergangenen fünf Jahren vor?
7. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung gegebenenfalls, um Beschäftigte präventiv vor Bedrohungen und Gewalt zu schützen und ihre Handlungssicherheit in Krisensituationen zu stärken?
8. Welche Vorgaben oder Orientierungswerte bestehen gegebenenfalls hinsichtlich der personellen Ausstattung von Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe, damit Präventionsmaßnahmen, Schutzkonzepte und Kriseninterventionen dauerhaft umgesetzt werden können?

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/nach-tat-von-stade-hannover-verschaerft-schutz-im-jugendamt,stade-320.html>

9. Wie wird sichergestellt, dass Einrichtungen auch bei kurzfristigen Personalausfällen handlungsfähig bleiben und der Schutz von Kindern sowie Beschäftigten jederzeit gewährleistet ist?
10. Welche Verfahren bestehen gegebenenfalls zur Auswertung sicherheitsrelevanter Vorfälle und zur landesweiten Weiterentwicklung von Präventions- und Schutzmaßnahmen?
11. Welche Unterstützungsangebote stehen Beschäftigten gegebenenfalls nach besonders belastenden oder gewalttätigen Ereignissen zur Verfügung, beispielsweise in Form psychosozialer Betreuung oder Supervision?
12. Sieht die Landesregierung angesichts der aktuellen Entwicklungen Handlungsbedarf, Prävention, Gewaltprävention und den Schutz von Kindern sowie Beschäftigten in Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe und in Jugendämtern weiter zu stärken? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen? Wenn nein, warum nicht?